

Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665, Fernverkehr: Dönhoff 3606—3698. Telegramm-Verlag: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3.90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,21 M Postgebühren), bei Poststellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamteinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 66, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anwärter] Nr 483

SONNABEND, 8. OKTOBER 1932

MORGEN-AUSGABE

Amerikas Vermittlungsaktion

Übergabe der deutschen Antwort in London

In der gestrigen Kabinettssitzung ist die deutsche Antwort auf die Einladung zur Londoner Konferenz fertiggestellt worden. Sie ist in die Form eines „aide-memoire“ geteilt und wird heute vormittag durch den deutschen Gesandten in London überreicht werden. Darauf wird auch in Berlin bekanntgegeben werden, inwieweit Äußerungen an die Annahme der Einladung geknüpft sind.

Erst nach Kenntnis der deutschen Antwort wird sich das Dunkel über den diplomatischen Spielplan in London heben. Bis heute ist die 11. Oktober als Konferenztermin nicht mehr in Frage kommt, und daß MacDonald seine Anstrengungen fortsetzen wird, dem gefährlichen Zustand der Erörterung zwischen Berlin und Paris ein Ende zu bereiten.

Darin wird er mit bemerkenswerter Intensität durch den Führer der amerikanischen Abfertigungsabteilung Norman Davis unterstützt, der gestern nachmittag Herriot gegenüber sehr deutlich den amerikanischen Wunsch betont hat, daß man es Deutschland ermöglicht, an den Genfer Verhandlungen teilzunehmen. Nach der Unterbrechung ist Davis, von Herriot zum Rordbahnhof geleitet, nach London weitergereist, wo er den französischen Standpunkt erläutern kann. Herriot hat besonders betont, daß Frankreich den Konferenzgedanken nicht von vornherein abgelehnt habe und sich daher auch nicht für das vorläufige Scheitern der Konferenz verantwortlich fühle.

Frankreichs Verbündete protestieren

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 7. OKTOBER

Über die Unterbrechung zwischen Norman Davis und Herriot hat der „Aval“ ein so allgemein gehaltenes Communiqué ausgedrückt, daß die Londoner Geschäftsleitung nicht einmal erwähnt wird. Man bekräftigt sich auf die Feststellung, daß Norman Davis in Paris haltgemacht habe, um in aller Eile mit dem französischen Ministerpräsidenten zu prüfen, mit welchen Mitteln man an besten die Genfer Arbeiten vorantreiben kann.

Die französische Presse zeigt sich bemüht, die Schwierigkeiten des Konferenzplans auf Deutschland abzuwälzen und polemisiert dabei heftig gegen deutsche Zeitungen. „Temps“ und „Intransigant“ befehlen sich besonders mit der „Vossischen Zeitung“. Gleichzeitig aber enthält der „Temps“ einen Zeit des gewöhnlichen Scheiterns, an dem die von Frankreich herbeigeholten, „Reinhold“ beteiligt sind. So wird festgestellt, daß Frankreichs Verbündete in Paris heftig gegen die Londoner Konferenz gearbeitet haben. Die „Eichschloßworte“ und auch „Gaulois“ haben offizielle Protestdemarchen bei der französischen Regierung unternommen. Heute vormittag hat der königliche Hofkammer Schloß Herriot einen Befehl abgeleitet, der wohl derselben Frage galt.

Siehe auch zweite Seite

Abnahme der Arbeitslosigkeit

Günstige Bilanz im September

Die Arbeitslosigkeit hat sich in der zweiten Septemberhälfte recht günstig entwickelt. Ende September waren bei den Arbeitsämtern 3.100.000 Arbeitslose gemeldet. Gegenüber dem letzten Stichtag Mitte des Monats ist ein Rückgang um rund 163.000 eingetretten. Während des ganzen Monats September hat damit die Arbeitslosenzahl nach einer vorübergehenden Erhöhung um rund 123.000 abgenommen. Saisonmäßige Einflüsse, die Maßnahmen der Reichsregierung und im beschränkten Umfang auch die bekannten Veränderungen des Unterhaltungsbedarfes haben zu dieser Entwicklung das Gabelnde beigetragen.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger belief sich Ende September in der Arbeitslosenversicherung auf rund 625.000 (gegen 660.000 am 15. September), in der Arbeitslosenversicherung auf rund 1.224.000 (gegen 1.280.000 am 15. September). Von den Arbeitslosen anerkannte Wohlfahrtsbewerber wurden Ende September 2.035.000 gezählt, d. h. immer noch rund 5000 mehr als Ende August. Daß die

Gesamtzahl der Empfänger von öffentlichen Fürsorgeleistungen über diese Zahl hinausgeht, ist in den Berichten der Reichsanstalt wiederholt hervorzuheben worden. Die Zahl der Sozialdienstleistungen, die sich Ende August auf rund 67.000 belief, konnte im Laufe des September, begünstigt durch die Witterung, noch um etwa 5000 gesteigert werden. Der freien Arbeitslosen ist in der Statistik ein weiterer starker Aufschwung genommen; die Zahl der tatsächlich beschäftigten Arbeitslosenwilligen ist von rund 144.000 Ende August auf rund 200.000 Ende September gestiegen.

Der Rückgang der Arbeitslosenzahl verteilt sich, wenn auch ungleichmäßig, auf alle Landesverhältnisse.

*

Beschlechte Reichsbahnbedingungen beginnen — nach den Entlassungen der letzten Wochen — jetzt erhebliche Neueinstellungen vorzunehmen. So meldet die Reichsbahndirektion für die Direktion Buppertal 1000, die Direktion Köln 900 bis 1200 Einstellungen.

Schuldenkommissar Schacht?

Reben der Antwort der deutschen Regierung auf die englische Einladung beriet das Reichsamt auch über die Ernennung eines Reichs-Schuldenkommissars für die subventionierten Betriebe. Eine Entscheidung in dieser Frage ist noch nicht getroffen worden. Es heißt, daß man auch in einer solchen Entscheidung nicht vor der Reichsregierung des Bankrotts von Flotow über den Orientkreditfall zu rechnen hat.

Reben Herrn von Flotow selbst hat sich die Kandidatur des ehemaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht für diesen Posten im Vordergrund, obwohl im Kabinett selbst darüber noch nicht gesprochen worden ist. Der Name des ehemaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht taucht im übrigen auch in einer anderen Verbindung auf, insofern, als Dr. Schacht angeblich mit der kommissarischen Führung der kommenden Reichsschuldenkommission betraut werden soll. Diese Nachricht beruht aber vorläufig auf Kombinationen.

Die Verhandlungen mit Italien

ROM, 7. OKTOBER

Die beiden in Rom weilenden deutschen Delegationen für die Dispositionen und die Gastgebernunterstützungen haben heute, die erste im Augenblick, die andere im Wirtschaftsministerium, ihre Vorbereitungen abgeschlossen, um am Montag die Verhandlungen fortzusetzen. Die ursprünglich von deutscher Seite beabsichtigte gemeinsame Verhandlung der beiden Probleme durch die zwei unabhängigen Kommissionen wird sich wohl nicht einstellen lassen; die Absicht, die Arbeiten beider Kommissionen am Montag gemeinsam weiter aufzunehmen, läßt die Möglichkeit eines Kompromisses hoffen. Auf jeden Fall würde es sich aber wohl nur um ein Provinzialproblem handeln, dessen Bedeutung mit dem Jahr 1932 zu Ende gehen würde und das hauptsächlich dazu dienen sollte, ohne einen offenen Konflikt die Partner an der Verhandlungstafel für das zukünftige Handelsvertragsverhältnis zwischen Deutschland und Italien zu gewinnen.

Die Feuerprobe des Staatsgerichtshofs

Von

DR. ERICH EYCK,

Rechtsanwalt am Kammergericht

Wenn am kommenden Montag die sieben Mitglieder des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich unter dem Vorsitz des höchsten deutschen Richters, des Reichsgerichtspräsidenten, in dem großen Plenarsaal des Reichsgerichts ihre Plätze einnehmen, um die Verhandlung über die Verfassungsstreitigkeit zwischen dem Deutschen Reich und den Ländern Preußen, Bayern und Baden zu eröffnen, sehen sie vor einer der größten und schwersten Aufgaben, die je einem Richter gestellt wurden. Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932, um deren Sinn und Tragweite es in diesem Streit geht, hat nicht nur in die politische Lage auch tiefste Eingriffe, sondern auch entscheidende Grundlagen des Verfassungslebens überhaupt und des deutschen bundesstaatlichen Lebens insbesondere aufgerührt. Sie hat nicht nur die politischen Lebensformen erregt, sondern auch die Herzen der Deutschen auf höchste Bewegung geleitet. Vor dem Gerichtshof wird eine Elite deutscher Staatsrechtslehrer treffen, um sich die Argumente entgegenzusetzen, die vielfach schon in den Schriften und zahlreichen Zeitungen und Zeitschriftenartikelnutage getrieben sind. Wenn man auch bezweifeln darf, ob es ein uneingeschränkter Vorteil für die deutsche Wissenschaft ist, wenn ihre Lehrer in der Rolle von Parteivertretern erscheinen, und wenn man auch viel leicht nicht nur vom Standpunkt des Anwalts aus bemerken darf, daß dafür eigentlich die Anwälte da sind, so ergibt doch die Teilnahme von Männern wie Schacht und Carl Schmitt und ihrer Kollegen auf den Verhandlungstischen von Frankfurt und Halle, von Leipzig und Berlin, wie tief die Fragen, die der Staatsgerichtshof zu entscheiden hat, in das Bewußtsein des deutschen Staats- und Verfassungsrechts eingreifen.

Freilich ist es etwas anderes, Probleme des Staatsrechts in abstrakter Reinheit wissenschaftlich zu behandeln, als sie abzuentscheiden zu entscheiden, wenn sie sich verflochten in alle Verwicklungen und Lebensbedingen des politischen Kampfes, konkret darbieten. So genau es ist, daß der Staatsgerichtshof nur in die Rechtsfragen zu entscheiden und der politischen Entscheidung sich zu enthalten hat, so ungewisser immer ist es in einem solchen Falle, die Elemente rechtlich voneinander zu sondern. Und doch zeigt gerade dieser Streitfall, daß die Rechtsfragen ihr eigenes Leben haben, daß ihre Entscheidung nicht von der politischen Stellung der Parteien beeinflusst wird. Und das ist, wenn die Monate, die seit dem 20. Juli verstrichen sind, haben eine grundsätzliche politische Veränderung gegeben. Die politische Differenz zwischen der Reichsregierung und dem Preussischen Staatsministerium, die zu den unmittlerbaren Eingriffen geführt hat, warzerte vornehmlich in der vertriebenen Stellung zu der Nationalsozialistischen Partei. Als Braun und Gering aus ihren Ministerien entfernt wurden, erließen der Reichsminister als Vorkämpfer der „Aufbauweisen Straße“, zu denen er die Nationalsozialisten ausdrücklich rechnete. Seitdem ist er in offenen und scharfen Auseinandersetzungen mit ihnen geraten und nach sich ein Gleiches als überlegene Mutter Braun und Gering vorhalten sollte, die gleichwohl dem nationalsozialistischen Anspruch nicht gewachsen gewesen seien. Der stellvertretende Reichskommissar, der bei seinem Einzug in die Wilhelmstraße von den Nationalsozialisten bejubelt wurde, ist jetzt Gegenstand ihrer schmerzlichen Vorwürfe, weil er es ablehnt, im preussischen Landtag zu erscheinen.

Über die veränderte politische Beurteilung hat mit der juristischen nichts zu tun. Ob Reichsminister und Reichskommissar staatsrechtlich zulässig sind oder nicht, muß völlig unabhängig davon entschieden werden, ob man als Politiker ihre Ergebnisse begrüßt oder verabscheut. Das juristische Urteil kann auch nicht davon beeinflusst werden, ob man eine Reichsreform wünscht, durch die Preußen in Deutschland aufgehört. Denn selbst wenn sich die Reichsregierung als ein Schritt auf diesem Wege erweisen sollte, so werden die Freunde der Reichsreform nicht wünschen können, daß ihr Freund der Reichsreform mit dem Rat der Reichsregierung beauftragt ist. Politisches und juristisches Urteil müssen also durchaus auseinandergehalten werden.

Die politischen Fronten verschieben sich und das politische Bild wandelt sich, doch das Recht bleibt dauernd.

Wenn man freilich die Rechtsfragen herauszufassen will, so sieht man sofort, wieviel hier unmittelsam ist und wie schwer es ist, objektiv anerkannten Rechtsfragen zu kommen. Die Reichsregierung läßt ihr Vorgehen sowohl auf den Absatz 1,